



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17/IX/54 - 6.3.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Luftschutzsorgen	S. 1
Geteiltes Panamerika	S. 3
Rekrutenwerbung in der SBZ	S. 4

Bonner Sorgen um den Luftschutz

(Von unserem innenpolitischen Mitarbeiter)

Die Bundesregierung steht vor einem ernsten Dilemma: Auf der einen Seite fühlt sie jetzt, nachdem sie mit Hilfe ihrer Koalition in Zweidrittelmehrheit eine Grundgesetzänderung zugunsten des EVG-Vertrages erzwungen hat, in der auch die Luftschutzfragen zur Bundesangelegenheit gemacht worden sind, vor der Bevölkerung und schließlich auch vor sich selbst die Verpflichtung, die bisher sehr dilatorisch behandelten Luftschutz-Probleme nunmehr ernsthaft in die Hand zu nehmen. Auf der anderen Seite stehen ihre Experten vor der Gewissensfrage, wie sie der deutschen Bevölkerung die Notwendigkeit eines passiven Luftschutzes propagandistisch begreiflich machen können, ohne daß einmal die ganze EVG-Angelegenheit in den Augen der Bevölkerung einen gewissen makabren Zug bekommt und ohne daß zweitens diese deutsche Bevölkerung, der immer noch der Schrecken des letzten Luftkrieges in den Knochen steckt, durch die Propagierung eines neuen Luftschutzes in Panik versetzt wird.

Man hat, so scheint es, in den zuständigen Regierungskreisen noch keine Patentlösung für diese widerstreitenden Sorgen gefunden, ganz abgesehen davon, daß das ganze Problem von der Tatsache verdüstert wird, daß im Bundeshaushalt nur wenige Milliarden für die Finanzierung des Luftschutzes zur Verfügung

stehen. Man wehrt sich in diesen Regierungskreisen begreiflicherweise vor einer schätzungsweise Summierung der wahrscheinlichen Kosten eines einigermaßen sinnvollen passiven Luftschutzes - es liegen da bereits Zahlen vor, die zwischen 25 und 40 Milliarden M schwanke. Man weist darauf hin, daß es sich dabei ja schließlich nur um eine Endsumme handeln könnte, die sich erst in einigen Jahren ergeben würde. Trotzdem kann man nicht um die Tatsache herumkommen, daß man aus der unausweichlichen Verpflichtung, auch in der Bundesrepublik dieses Problem, dessen man sich in anderen Staaten schon längst und sehr energisch angenommen hat, sinnvoll und zweckentsprechend anzupacken, nunmehr endlich klare Konsequenzen ziehen muß.

Nach zuverlässigen Informationen scheint es so zu sein, daß dem Bundeskabinett bereits in sehr kurzer Zeit ein Entwurf zur Beratung vorliegen wird, der zumindest die nächstliegenden Probleme eines passiven Luftschutzes gesetzlich regeln will. Für eine vollständige Lösung dieser elementaren Frage dürften zurzeit weder die wissenschaftlichen noch die technischen noch die verwaltungsmäßigen Vorarbeiten ausreichen. Eines der schwierigsten Probleme ist dabei die Kompetenz- und die Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Aber auch hier wird man nicht darum herumkommen, das heiße Eisen anzufassen, denn darüber scheint man sich nun auch in Regierungskreisen klar geworden zu sein, daß zumindest ein Minimum an Schutz und Sicherung der Bevölkerung geschaffen werden muß.

Im einzelnen ist zu den Luftschutz-Vorbereitungen der Regierung zunächst zu sagen, daß man eine wissenschaftliche Studiengemeinschaft und mehrere technische Fachausschüsse eingesetzt hat, die die Fragen des geographischen Luftschutzraumes an sich beraten und klären sollen. Eine eigene Delegation von deutschen Experten wird in Kürze nach den USA reisen. Auf organisatorischem Gebiet hat man die Tätigkeit der Bundesanstalt für Luftschutz sowie den Aufbau der entsprechenden technischen Hilfsdienste vorbereitet, wobei man daran denkt, die örtliche Organisation dem Leiter der entsprechenden Kommunalverwaltung zu übertragen. Besondere Sorgen macht man sich auch um die Fragen der Luftschutzräume (Keller, Bunker usw.), weil hier die Ressortbesprechungen noch nicht abgeschlossen sind. Jedenfalls denkt man an eine gesetzliche Regelung der Verpflichtung zur Errichtung solcher Anlagen bei Neu- und auch bei Altbauten.

+ + +

Möglichkeiten und Grenzen von Caracas

E.R. Die 20 Teilnehmer der panamerikanischen Konferenz erwarten je nach ihrem Standort von ihrer zehnten Zusammenkunft in der venezolanischen Ölmetropole ein bestimmtes Ergebnis. Für die USA mag die Gefahr der "Intervention des internationalen Kommunismus in den amerikanischen Republiken" im Vordergrund stehen. Die lateinamerikanischen Staaten haben vor allem die wirtschaftlichen Fragen im Auge, auf die die Konferenz von 1948 keine Antwort gab, weil damals die amerikanische Hilfe für Europa den Vorrang hatte.

Nur ist keine Frage, daß jede Hilfe verpuffen muß, wenn es Lateinamerika nicht gelingt, gesunde Fundamente für einen wirkungsvollen Ansatz solcher Hilfsleistungen zu schaffen. Die Gefahr, die allen Ländern des südlichen Amerika gleichermaßen droht, kommt aus zwei Richtungen. Sie haben Monokulturen (Kaffeez.B. in Brasilien) gepflegt, die in guten Konjunkturzeiten eine Menge Geld einbrachten, aber die ganze Wirtschaft durcheinanderbringen, sobald die Haussen zu Ende sind. Und sie haben im gleichen Tempo, wie sie diese Einseitigkeit pflegten, jede gesunde Ernährungsgrundlage vernachlässigt, so daß heute der Subkontinent mit seinem an sich so reichen Boden von größten Ernährungsschwierigkeiten befallen ist.

Voraussetzung für eine grundlegende und dauerhafte Umgestaltung ist nur eine Revision der Besitzverhältnisse auf dem Lande, nicht im Sinne einer kommunistischen Enteignungsaktion, sondern einer organisierten Reform, die radikal damit Schluß macht, daß beispielsweise von 200 Millionen Hektar verwertbaren ländlichen Besitzes in Brasilien nur ganze 13 Millionen bearbeitet werden. Wenn allerdings die Redensart umgeht "Wer arbeitet, hat keine Zeit, Geld zu verdienen", so setzt jeder Wandel wohl auch eine moralische Reform bei allen voraus, die solche Ausreden als bequeme Begründung für das dürftige Leben von Millionen parat halten.

Der amerikanische Außenminister stößt in Caracas aber noch auf andere Wünsche Südamerikas. Die anti-amerikanische Politik, die vornehmlich in Argentinien und Bolivien zu Hause war, hat sich nicht zuletzt unter dem Eindruck der good will-Reise des Bruders Milton von Präsident Eisenhower weitgehend beruhigt. Aber die amerikanischen Kapitalgesellschaften, an ihrer Spitze die United Fruit Company,

stehen immer noch im Mittelpunkt von Angriffen. Die wirtschaftliche Expansion dieser Gesellschaften ist nicht nach dem Geschmack der südamerikanischen Industriellen. Sie wollen im Gegensatz zum Washingtoner Schatzamt, das auf amerikanische Privatanleihen verweist, die nur nicht für südamerikanische Länder zu haben sind, weil gewisse Nationalisierungserscheinungen wie kalte Duschen wirkten, öffentliche US.-Anleihen bekommen, die, in ausreichender Höhe und mit notwendig langen Laufzeiten, zur grundsätzlichen Reform der landwirtschaftlichen Struktur eine unumgängliche Voraussetzung sind. Ob diese Wünsche in Caracas durchgesetzt werden, etwa in Form eines Marshall-Plans für Südamerika, bleibt fraglich, denn die Washingtoner Hand ist unter republikanischer Regie nicht mehr so freigebig wie noch Jahre vorher.

Was Dulles seinerseits unbedingt erreichen will, ist eine gemeinsame Bekämpfung der kommunistischen Gefahr. Lateinamerika weiß das und versucht, daraus Gewinn zu schlagen. Es sagt, man müste sich mehr Kommunisten zulegen, um mehr Dollars zu bekommen, eine Beweisführung, die reichlich primitiv auf den Subkontinent überträgt, was gewiß Teilmotiv der amerikanischen Hilfe für bestimmte europäische Länder war. Wer allerdings so denkt, hat eine ausgesprochene PreSSION vor, eine Haltung, die kaum die Konferenzatmosphäre freundlicher gestaltet. Gewiß ist sie, wie Dulles bei der Eröffnung selbst betonte, "freundlicher als in Berlin". Aber dort kam ja an praktischen Ergebnissen nichts heraus. Ein solches Resultat wäre keinem Teilnehmer von Caracas recht. Denn den Staaten Südamerikas brennt es auf den Nägeln. Vier Wochen sind für die Konferenz vorgesehen. In solcher Zeit klären sich die Fronten, setzt sich die Unruhe und nähern sich automatisch die Standpunkte.

+ + +

Barras- Sorgen im Pankower Reich

EZ - Berlin

Seit Anfang voriger Woche gibt es keine SED-Versammlung, keine Betriebsversammlung in der Zone, auf der nicht unter Hinweis auf die Vorgänge in Bonn die kasernierte Volkspolizei in den Mittelpunkt der Reden und der parteiantlich gelenkten Diskussion gestellt wird. Die Zahl der aus der Sowjetzone Flüchtenden ist seit letztem Dienstag mit täglich etwa 500 auf das Doppelte der täglichen Durchschnittszahl der Vorwoche gestiegen. Einen beträchtlichen Anteil an dem wieder schlagartig zunehmenden Flüchtlingsstrom haben die Jugendlichen und jüngeren Jahrgänge, die sich auf diese Weise der Eingliederung in die "Nationalarmee" Ulbrichts entziehen wollen. Seit dem Bonner Bundestagsbeschluss ist ziemlich allgemein in der Masse der Sowjetzonenbevölkerung die Ansicht vertreten, daß Pankow die Dienstpflicht in der KVP einführen wird.

Die panische Furcht, zum Waffendienst für die Kommunisten gezwungen zu werden, ist eine unbestreitbare und unbestrittene Tatsache.

Sie muß die während der Berliner Konferenz etwas gemilderte Spannung zwischen West und Ost erneut beträchtlich verstärken. Ob freilich die Zonenregierung eine Wehrdienstpflicht wirklich schaffen wird, ist sehr fraglich, weil ja aufgrund der politischen Gegnerschaft der Bevölkerung gegen das Regime Wehrdienst und Waffen Ausbildung für die Zonenmachthaber direkt zu einer Gefahr werden könnten. So sind die aus höheren Volkspolizeikreisen kommenden Informationen ziemlich glaubhaft, man werde in der Sowjetzone keine Wehrdienstpflicht einführen, sondern alles daran setzen, eine Kaderarmee aus Freiwilligen aufzubauen, die sich vor allem aus den politisch zuverlässigen Söhnen der Arbeiter und werktätigen Bauern zusammensetzen soll. Alle Nichtdienenden sollen jedoch einer hohen Wehrsteuer unterworfen werden.

Für eine solche Entwicklung spricht auch, daß nach dem 17. Juni 1953 von den damals etwa 140000 kasernierten Volkspolizisten etwa 25- bis 30000 entlassen worden sind, vor allem solche, die als politisch unzuverlässig galten und die selbst ihren Austritt unter irgendwelchen Vorwänden forderten. Seitdem hat jedoch die Neuanwerbung von KVP-Rekruten niemals gänzlich aufgehört. Seit Ende der Berliner Außenministerkonferenz läuft sie sogar wieder auf hohen Touren. In jedem größeren und mittleren Betrieb tauchen wieder Werbekommissionen auf, die nicht nur einen oder mehrere Tage hier bleiben, sondern sich systematisch alle nach Ansicht der SED-Betriebsgruppe geeigneten Belegschaftsmitglieder bis zu 40 Jahren individuell vornehmen, um sie für die KVP anzuwerben. Zur Zeit gibt es fast keinen größeren Zonenbetrieb, in dem nicht eine solche Kommission arbeitet. Sehr häufig werden die Erklärungen, die die Arbeiter zu der Werbung abgeben, von einem SED-Funktionär protokollarisch festgehalten, um auf diese Weise einen Druck auszuüben. In den Oberschulen, wo ebenfalls für den Eintritt in die KVP in stärkstem Maße geworben wird, wurden manche Abiturienten, wie aus Berichten hervorgeht, durch Androhung des Nichtbestehens des Exams gefügig gemacht. Trotz allem sind die intensiven Werbemaßnahmen bisher fast erfolglos verlaufen, weil Einschüchterung praktisch in der Zone nicht mehr den gleichen Eindruck wie früher macht.

Umso mehr ist die SED auf Propagandatheater angewiesen. So werden z.B. auf höhere Anweisung Eintritte in die KVP in der Presse groß gefeiert, selbst wenn es sich - wie bei dem mehrere tausend Arbeiter umfassenden Bleichert-Betrieb in Leipzig - nur um 15 Angeworbene handelt. Ja sogar ein einzelner Eintritt wird gelegentlich unter Namensnennung in der FDJ-Zeitung veröffentlicht. Zu diesem Theaterdrama gehören auch die Selbstverpflichtungen älterer linientreuer Arbeiter, bis zum 30. März eine bestimmte Anzahl KVP-Rekruten zu werben. Und dies ist der Stil: In Leipzig wurde auf dem Bezirksdelegiertenstag der SED in Anwesenheit Ulbrichts eine SED-Angehörige vor der ganzen Versammlung gefragt, was sie, um ihre Eignung als Kandidatin für den IV. Parteitag zu beweisen, für die patriotische Erziehung der Jugend getan hätte. Ihre programmgemäß festgelegte Antwort mit beabsichtigter Massenwirkung: "Ich habe damit in meiner eigenen Familie begonnen. Meine beiden Söhne stehen als Offiziere in den Reihen der Deutschen Volkspolizei". - So feiert die "stolze Heldennutter" der Nazi-Propaganda fröhliche Urständ. Die Lautstärke der SED-Propagandahymnen aber zeigt uns, wie schlecht es mit der Anwerbung zuverlässiger Freiwilliger bestellt ist.

Verantwortlich: Peter Raunau